

Dr. phil Dirk Mathias Dalberg
Institute of Political Science
Slovak Academy of Sciences
Dúbravská cesta 9
SK-84104 Bratislava
E-Mail: dirk.dalberg@savba.sk

Gegenwartsbeschreibungen und Zukunftsvorstellungen im politischen Denken des tschechoslowakischen Dissens (1968-1989)

Eine politische Ideengeschichte zu Egon Bondy, Miroslav Kusý,
Milan Šimečka und Petr Uhl

Dissidenten sind (politisch denkende) Intellektuelle in einer unfreien Gesellschaft, die mit ihren Meinungsäußerungen von den „herrschenden politischen und weltanschaulichen Grundsätzen“ nicht allein abweichen. Vielmehr brechen sie „aus dem gegebenen System“ aus. Aufgrund dessen werden sie verfolgt.¹ Als Beispiel genannt seien die nach dem 2. Weltkrieg bis zum Jahre 1989 unter sowjetischen Einfluss stehenden Staaten in Ostmitteleuropa wie die Tschechoslowakei. Deren Regierung unternahm Anstrengungen, „to stifle free expression and oppositional thinking“². Freies und unabhängiges politisches Denken war hier weder erwünscht noch zugelassen.

Die Geschichte der tschechoslowakischen Dissidentenbewegung der 1970er und 1980er-Jahre ist längst keine Terra incognita mehr. Wiederholt definiert wurden die Begriffe Dissident und Dissidenz. Die Biografien der meisten Protagonisten und weniger bedeutender Akteure sind bekannt, ebenso die Strukturen verschiedener dissidentischer Gruppierungen. Untersucht wurden die Lebenswelten der individuellen Persönlichkeiten und Gruppierungen und auch ihre Selbstverortung. Das politische Denken bleibt oft im Hintergrund. Bei meisten Untersuchungen zum tschechoslowakischen Dissent handelt es sich um geschichtswissenschaftliche Beiträge, in denen die politischen Ideen und Demokratievorstellungen der Dissidenten zwar angesprochen, aber nicht weiter analysiert werden. Konzeptualisiert werden sie zumeist als Vorstellungen von der Zivilgesellschaft, den Menschenrechten und auch der Antipolitik. Dies ist richtig, greift für eine tiefergehende ideengeschichtliche Auseinandersetzung aber zu kurz. Den Dissidenten ging um mehr als „nur“ um die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte, die Zivilgesellschaft oder die Vorstellung einer „antipolitischen Politik“. Sie machten sich

¹ Kowalczyk, Ilko-Sascha: Gegenkräfte. Opposition und Widerstand in der DDR. Begriffliche und methodische Probleme, in: Kuhrt, Eberhard (Hrsg.): *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft*, Opladen 1999, S. 47-75, S. 73, Anm. 31.

² Falk, Learning from history, S. 246.

auch konkrete Gedanken, wie eine neue Gesellschaft aussehen sollte. Diese Ideen wurden bisher jedoch kaum betrachtet.

Ziel der ideengeschichtlichen Untersuchung ist es, das politische Denken von vier Dissidenten aus der Tschechoslowakei, die von 1968 bis 1989 die Politik der Staats- und Parteiführung kritisierten und Alternativen zum bestehenden Staats- und Sozialismusmodell im Lande formulierten, nachzuzeichnen, historisch und ideengeschichtlich zu verorten, demokratietheoretisch zu analysieren und zu vergleichen. Hierdurch soll auch zu einer Erweiterung des Bewusstseins vom tschechischen und slowakischen politischen Denken im Allgemeinen beigetragen werden.

Das Forschungsprojekt beschäftigt sich mit dem tschechischen Philosophen Milan Šimečka (1930-1990), der in der Slowakei wirkte, dem slowakischen Philosophen Miroslav Kusý (1931-2019), dem tschechischen Philosophen, Prosaisten und Lyriker Egon Bondy (1930-2007) sowie dem tschechischen Publizisten Petr Uhl (geb. 1941). Diese vier Dissidenten wollten ihre Meinung kundtun und beschlossen für sich, den Forderungen der aus ihrer Sicht ungerechten Herrscher nicht entsprechen zu wollen.³ In gewisser Weise handelt es sich bei diesen vier Persönlichkeiten, die ihre Erfahrungen mit der tschechoslowakischen Politik reflektierten und niederschrieben und sich Gedanken über die Zukunft machten um Dissidenten aus der zweiten Reihe. Sie sind jedoch keineswegs zweitrangige Denker. Zweite Reihe meint vielmehr, dass sie im Schatten von Václav Havel stehen. Dieser ist noch immer die alles überstrahlende Persönlichkeit der tschechoslowakischen Dissidentenbewegung oder wird zumindest als solche dargestellt. Mit Ausnahme von Egon Bondy waren sie in den 1970er und 1980er-Jahren „active in or helped create non party-state organizations“⁴. Anzuführen sind bspw. die Charta 77 (Uhl, Kusý), die Bewegung für bürgerliche Freiheit (Hnutí za občanskou svobodu [HOS, Kusý, Šimečka) und das Komitee zur Verteidigung politisch zu Unrecht Verfolgter (Výbor na obranu nespravedlivě stíhaných [VONS], Uhl).

Von den ausgehenden 1960er bis zum Ende der 1980er-Jahre betrachteten und analysierten Bondy, Uhl, Kusý und Šimečka die weltpolitische Lage zur Zeit der Blockkonfrontation. Sie problematisierten zweitens die gesellschaftliche Praxis in der Tschechoslowakei und kritisierten die Politik der tschechoslowakischen Staats- und Parteiführung. Sie wollten nicht länger die von dieser offiziell verkündete Wahrheit annehmen. Eine linksoppositionelle Weltsicht vertretend, fügten sie sich in die Tradition des marxistischen Denkens ein, die die Frage nach dem Wesen der sowjetischen Ordnung zu lösen versuchte.⁵ Egon Bondy und Petr Uhl sowie in Ansätzen Milan Šimečka reflektierten, beschrieben, analysierten und entmystifizierten nicht allein die Praxis der tschechoslowakischen Normalisierungsgesellschaft, sondern ebenso die der westlichen Gesellschaften, was weniger typisch, aber nicht ungewöhnlich für die

³ Falk, Barbara J.: Learning from history. Why we need dissent and dissidents, in: *International Journal*, Jg. 64 (2008), Heft 1, S. 243-253, S. 248.

⁴ Falk, Barbara J.: *The Dilemmas of Dissidence in East-Central Europe. Citizen Intellectuals and Philosopher Kings*, Budapest-New York 2003, S. xxvi.

⁵ Kužel, Petr: Politické myšlení Egona Bondyho, in: Bondy, Egon: *Pracovní analýza a jiné texty*, Praha 2017, S. 13-59, S. 42.

tschechische und slowakische Dissidentenbewegung ist. Ausgangspunkte ihres kritischen Denkens sind erneut reale Individuen und Lebensbedingungen. Sie sahen sich der aus ihrer Sicht unbefangenen Beschreibung der empirisch beobachtbaren Wahrheit verpflichtet. Sie beabsichtigten, die Gesellschaften über sich selbst aufzuklären.

Bondys, Uhls, Šimečkas und Kusýs empirisch-positivistische und akteurszentrierte Problemdiagnose betrifft das Handeln der Herrschenden und der Beherrschten und die zwischen ihnen geltenden Spielregeln. Ihr kritisches Denken trägt Kennzeichen einer gegenwartsbezogenen Strukturanalyse sowie einer mehrdimensionalen Leistungsbilanz des tschechoslowakischen und auch des westlichen Gesellschaftssystems. Sie analysierten in zeitgenössischer Perspektive Krisen und Konfliktsituationen. Hierbei machten sie eine Bestandsaufnahme und Problemdiagnose. Ihre kritischen Schriften dienen somit als Quelle für die politische Geschichtsschreibung. Sie geben Auskunft über einstmals (und teilweise noch immer) bestehende politische Systeme. Mit anderen Worten: Die vier Autoren sind Exegeten des damaligen gesellschaftlichen und politischen Systems. Ihre kritischen Schriften sind historische Quellen zu diesem.⁶ Ein Nebenprodukt der Untersuchung ist folglich eine Darstellung der tschechoslowakischen Normalisierung aus der Sicht von Kusý, Šimečka, Bondy und Uhl.

In den Jahren von 1968 bis 1989 machten diese vier Dissidenten zudem „Aussagen über positive Sollens-Zustände“. Sie formulierten Ideen hinsichtlich einer zukünftigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung für die Tschechoslowakei und ihrer institutionellen Ausgestaltung. Diese Ideen sollten die Probleme der bestehenden Ordnung sozusagen therapieren.

Untersuchungsmaterial sind in der Zeitspanne von 1968 bis 1989 von den Autoren verfasste Texte: umfangreiche politische Programmschriften wie Petr Uhls „Programm der gesellschaftlichen Selbstverwaltung“ und Egon Bondys „Arbeitsanalyse“ sowie kürzere Programmschriften, (verschriftlichte) Radio-Feuilletons, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Flugblätter, Interviews sowie nicht-fiktionale Geschichten. Adressaten dieser Texte, die sie mangels offizieller Publikationsmöglichkeiten in der Tschechoslowakei im Samizdat und/oder im Ausland veröffentlichten, sind die kommunistische Regierung, andere Dissidenten sowie auch die nicht-dissidentische Bevölkerung.

Ideengeschichtliche Abhandlungen zum politischen Denken stehen zwischen Politikwissenschaft, Philosophie, Geschichtswissenschaft, Soziologie, Sprach- und Kulturwissenschaften.⁷ Hieraus erwächst die pluralistische Praxis politischer Ideengeschichtsschreibung. Diese wird entweder als Methodenvielfalt begrüßt oder als „methodische Babel“ kritisiert.⁸ Eine (beschränkte) Vielfalt von Methoden ist auch in dieser Untersuchung notwendig. Sie bedient sich

⁶ Beyme, Klaus von: *Politische Ideengeschichte. Probleme eines interdisziplinären Forschungsbereiches*, Tübingen 1969, S. 21 f.

⁷ Thümmler, Ellen: Zur Diskussion um Ideengeschichte und Intellectual History. Eine Spurensuche nach dem Wert ihrer Historisierung, in: Raulet, Gérard/Llanque, Marcus (Hrsg.): *Geschichte der politischen Ideengeschichte*, Baden-Baden 2018, S. 23-42, S. 23.

⁸ Affirmativ: Beckstein, Martin/Weber, Ralph: Methodenpluralismus in der Politischen Ideengeschichte, in: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 65 (2018), Heft 1, S. 3-21. Kritisch: Busen, Andreas/Weiß, Alexander: Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens – The State of Art, in: Dies.: *Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens*, Baden-Baden 2013, S. 15-39, S. 15 f.

des Challenge-and-Response-Ansatzes, der seinerseits den historisch-kontextualisierenden Ansatz der Cambridge-School mit hermeneutisch-interpretativen Zugängen verbindet.⁹

Zentrales Anliegen des Challenge-and-Response-Ansatzes ist es, „die Texte der politischen Ideengeschichte und die in ihnen entwickelten Argumente im Wechselspiel zwischen Bestandsaufnahme, Problemdiagnose und Entwurf von Lösungsstrategien zu analysieren“¹⁰. Dieser Ansatz macht die „Transferleistung von politischer Ideengeschichte in eine politische Theorie mit zeitdiagnostischen Anspruch und therapeutischem Programm explizit“¹¹. Der Challenge-and-Response-Ansatz thematisiert „die kulturhistorischen, sozioökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen, innerhalb derer [...] politische Denker agiert haben“¹². Dies verbindet ihn mit der Cambridge-School.

Dieser zufolge sind politische Ideen und Gedanken weder kognitive Kategorien noch überzeitliche Entitäten, sondern Ausdruck menschlichen Handelns. Politische Aussagen werden von „konkreten Subjekten in historisch spezifischen Situationen gemacht“. Deshalb sind sie aus eben „diesem Zusammenhang heraus zu rekonstruieren“. Auf diese Weise wird politischen Ideen ihr angeblich überzeitlicher Charakter genommen¹³, der ihr von der klassischen politischen Ideengeschichtsschreibung zugesprochen wird. Diese verhandelte „Ideen gleichsam zeit- und ortsunabhängig“¹⁴.

Politische Ideen sind historisch gebunden. Sie reagieren auf reale politische, wirtschaftliche, soziale sowie kulturelle Entwicklungen. Sie sind die Antwort auf die Herausforderungen, die die realen Entwicklungen darstellen. Es besteht ein Zusammenhang zwischen den geistigen Vorgängen der Formulierung und der Propagierung der Ideen sowie realhistorischen und zugleich geistesgeschichtlichen Entwicklungen.¹⁵ Die in den untersuchten Texten festgehaltenen Ideen müssen folglich aus den Prämissen ihrer Entstehungszeit verstanden werden. Daher ist es notwendig, sie in die soziologischen, kulturellen und politischen Zusammenhänge der Zeit, d. h. den realgeschichtlichen aber auch geistesgeschichtlichen Ort einzuordnen, der die vier betrachteten Autoren zu ihrer Kritik und zur Formulierung ihrer Pläne motivierte.¹⁶ Dies ist deswegen unerlässlich, weil gerade dissidentisches Denken sehr zeitgebunden ist. Die Dissidenten reagierten direkt auf die Gegenwart, in der sie lebten. Ihre Argumente sind also nicht

⁹ Münkler, Herfried/Straßenberger, Grit: *Politische Theorie und Ideengeschichte. Eine Einführung*, München 2016, S. 18 f.

¹⁰ Ebd., S. 18.

¹¹ Ebd., S. 21.

¹² Ebd., S. 22.

¹³ Asbach, Olaf: Von der Geschichte politischer Ideen zur „History of Political Discourse“? Skinner, Pocock und die „Cambridge School“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 12 (2002), Heft 2, S. 637-667, S. 641.

¹⁴ Weber, Ralph/Beckstein, Martin: *Politische Ideengeschichte. Interpretationsansätze in der Praxis*, Göttingen 2014, S. 15. Zu nennen sind Lovejoy, Arthur Oncken: *The Great Chain of Being. A Study of the History of an Idea* [1936], Cambridge 1961 sowie Meinecke, Friedrich: *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte*, München 1924.

¹⁵ Schmidt, Rainer: *Ideengeschichte und Institutionentheorie. Begriffe, Diskurse und institutionelle Mechanismen als Bausteine für ein Modell der Ideengeschichtsschreibung*, Dresden 2005, S. 6.

¹⁶ Skinner, Quentin: *Visions of Politics. Vol. 1 Regarding Method*, Cambridge 2002, S. 87.

aus sich selbst heraus zu verstehen.¹⁷ Bei der Analyse des historischen Kontexts stehen überindividuelle Strukturen und Prozesse im Vordergrund. Einzelne Personen und konkrete politische Ereignisse können jedoch nicht ignoriert werden.

Politische Ideen sind ebenso personengebunden. Daher ist es notwendig, Informationen über die Autoren einzuholen und hierbei „das Zusammenspiel von Gesellschaft und Individuum“ zu thematisieren. Bedeutsam ist die Frage, welchen sozialen Schichten und welchen politischen Gruppierungen sie nahestanden. Welche Interessen prägten ihre Wahrnehmung? Auf welcher Erfahrungs- und Wissensgrundlage schrieben sie ihre Arbeiten? Wie wirkten gesellschaftliche Umbrüche auf die Lebenspraxis der Autoren?¹⁸

Damit sich die Kontextualisierung nicht auf eine einleitende Darbietung historischer Hintergründe und biografischer Daten beschränkt, ist es immer wieder notwendig, besonders hervorstechende Thesen der betrachteten Autoren zu überprüfen. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil Bondys, Uhls, Kusýs und Šimečkas Analysen der bestehenden Ordnung subjektiv sind. Sie machen sich ihren eigenen Reim auf ihre Erlebnisse in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung. Diese individuellen Erfahrungen können die historische Realität verzerren.¹⁹ Die wiederholte Erörterung des geschichtlichen Kontexts ist folglich ein notwendiges Korrektiv zu den dissidentischen Analysen.

Hermeneutisch-interpretative Ansätze, die ebenso Bestandteil des Challenge-and-Response-Ansatzes sind, fragen nach dem normativen Gehalt der formulierten Ideen. Uhl, Bondy, Kusý und Šimečka beschäftigten sich in ihren Texten auch mit überzeitlichen Fragestellungen wie Freiheit, Gerechtigkeit, Tugend sowie Demokratie und Sozialismus. Welcher Demokratie- oder Sozialismusvorstellung hingen sie an? Forderten sie einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus? Waren sie also „auf der Suche nach einer politischen und gesellschaftlichen Alternative in einer bereits polarisierten Welt der Argumente und Ideen“?²⁰

Zur Verdeutlichung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Denken der Autoren wird der Vergleich angewendet. Damit das komparatistische Verfahren nicht in die Leere läuft, sind Referenzpunkte zu bestimmen, an denen diese Unterschiede und Gemeinsamkeiten deutlich werden.²¹ Dies sind die Kritik am Normalisierungsregime, an der westlichen liberalen Demokratie sowie ihre Vorstellungen von einer neuen Ordnung. Verglichen wird die Sicht der Autoren auf die weltpolitische Lage, deren Bezeichnung der tschechoslowakischen Ordnung, ihre Analyse der Sozialstruktur des Landes, ihre Sicht auf die Beziehungen zwischen den sozialen Gruppen sowie die Folgen dieser Verhältnisse. Gegenübergestellt werden auch ihre

¹⁷ Skinner, Quentin: Meaning and Understanding in the History of Ideas, in: *History and Theory*, Jg. 8 (1969), Heft 1, S. 3-53, S. 4.

¹⁸ Dausien, Bettina: Biographieforschung, in: Behnke, Joachim et al.: *Methoden der Politikwissenschaft. Neure qualitative und quantitative Analyseverfahren*, Baden-Baden 2006, S. 59-68, S. 59.

¹⁹ Krieger, Leonard: The Distortion of Political Theory. The XVIIth Century Case, in: *Journal of the History of Ideas*, Jg. 25 (1964), Heft 3, S. 323-332.

²⁰ Sturm, Roland: Der Dritte Weg – Königsweg zwischen allen Ideologien oder selbst unter Ideologieverdacht?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 61 (2001), Heft 16-17, S. 3-5, S. 3.

²¹ Schmiechen-Ackermann, Detlef: Möglichkeiten und Grenzen des Diktaturenvergleichs, in: *Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung*, Jg. 2 (2005), Heft 1, S. 3-28, S. 25 f.

Analyse der westlichen Gesellschaften und ihre Zukunftsideen sowie ihre Demokratievorstellungen.

Wie angesprochen ist die vorliegende Untersuchung auch eine Darstellung der tschechoslowakischen Normalisierungsgesellschaft aus der Sicht von Kusý, Šimečka, Bondy und Uhl. Entsprechend sind deren kritische Texte als „real history“ zu lesen, d. h. „as the record of an actual activity, and in particular as the history of ideologies“.²² Ferner sind sie als Dokumente zu verstehen, mit denen die vier Autoren in die Deutungskämpfe zwischen Staatsmacht und Dissidenten intervenierten, sei es hinsichtlich der Deutung der tschechoslowakischen Realität oder hinsichtlich der Vorstellungen von einer verbesserten politischen Ordnung.²³

Bei der Erschließung der ausgewählten Texte ist zu berücksichtigen, dass das von der älteren Tradition der Hermeneutik vertretene Ideal einer abgeschlossenen Auslegung nicht erfüllbar ist. Es ist schwer möglich, die von den Autoren intendierte Bedeutung ihrer Beiträge zweifelsfrei festzustellen.²⁴ Zu beachten ist zweitens, dass die Analysen und politischen Ideen der betrachteten Dissidenten bereits Auslegungs- und Interpretationsprodukte sind. Ihre Rekonstruktion und Deutung erfordert eine erneute Auslegungs- und Interpretationsleistung. Bereits vorausgelegte Phänomene werden somit abermalig ausgelegt.²⁵ Das Verstehen und Auslegen der zu erschließenden Texte setzt drittens eine bestimmte Sprachkompetenz voraus. Da die untersuchten Schriften oft nur in tschechischer oder slowakischer Sprache vorliegen, war es notwendig, sie ins Deutsche zu übertragen. Diese Übertragung ist bereits ein Akt der Interpretation.²⁶ Verbunden ist diese linguistische mit einer historischen Differenz, die sich aus dem Zeitabstand zwischen der Abfassung des Textes und dem Zeitpunkt der Interpretation ergibt. Geschichtliche Ereignisse und Namen müssen gegebenenfalls erklärt und erläutert werden.²⁷ Angemerkt sei abschließend, dass sich das klassische Problem des Vorgriffs, der Prolepse, nicht stellt. Die untersuchten Texte sind nicht so alt als die heutigen Grundbegriffe des politischen Denkens wie Freiheit, Gleichheit und Demokratie auf sie nicht anwendbar wären.²⁸

²² Skinner, Quentin: Some Problems in the Analysis of Political Thought, in: *Political Theory*, Jg. 2 (1974), Heft 3, S. 277-303, S. 280.

²³ Münkler/Straßenberger, Politische Theorie, S. 20.

²⁴ Skinner, Visions of Politics, S. 58.

²⁵ Rauber, Thilo: Ideengeschichte als Wirklichkeitswissenschaft, in: Blum, Harald/Gebhardt, Jürgen (Hrsg.): *Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. Konzepte und Kritik*, Baden-Baden 2006, S. 107-124, S. 112 f.

²⁶ Gadamer, Hans-Georg: *Hermeneutik I. Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik*, Tübingen 1999, S. 387-391

²⁷ Gadamer, Hermeneutik I, S. 303 f.

²⁸ Skinner, Visions of Politics, S. 73.